

Noch nicht der ganz große Wurf

Stadträte loben „Handlungsprogramm Wohnen“ – Sie fordern aber Änderungen – Beschluss vertagt

rie. Das von der Stadt vorgestellte „Handlungsprogramm Wohnen“ (RNZ vom 12. Oktober) ist aus Sicht der meisten Fraktionen ein Schritt in die richtige Richtung. Jedoch geht das Papier einigen nicht weit genug. Und so stellten zwei Fraktionen am Mittwochabend im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss umfangreiche Änderungsanträge. Entschieden wurde über das Handlungsprogramm am Ende allerdings nicht. Weil die Anträge zum Teil erst am Tag vor der Sitzung eingingen, waren sich alle einig, dass deren Konsequenzen zunächst genauer geprüft werden müssten. Der Beschluss wurde vertagt.

Die SPD will etwa festgeschrieben wissen, dass die Vorgaben des wohnungspolitischen Konzepts für Mark Twain Village „als grundsätzliches Ziel für alle neuen Wohnungsbauprojekte in der Stadt“ festgelegt werden. Das Konzept

sieht 40 Prozent geförderten Wohnraum mit Mieten zwischen 5,50 und acht Euro vor – und weitere 30 Prozent geförderte Eigentumswohnungen. „Damit wollen wir einen guten Entwurf noch besser machen“, sagte SPD-Stadtrat Andreas Grassler. Zudem spricht sich Grasslers Fraktion für öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen in der ganzen Stadt aus, um die Bürger in die Wohnungsbauoffensive einzubeziehen.

Die Fraktion Die Linke/Piraten forderte unter anderem, dass mindestens drei Viertel der Fläche von Patrick Henry Village für das Wohnen reserviert werden. Zudem solle der Anteil des gebundenen Wohnraums – häufig als „Sozialwohnungen“ bezeichnet – von 20 Prozent auf 50 Prozent steigen, wenn die Stadt Grundstücke an einen Investor vergibt oder für diesen Baurecht schafft. „Das Programm ist prinzipiell zu wenig ambitioniert“,

sagte Linke-Stadträtin Sahra Mirow. „Wir brauchen einen großen Wurf.“

Das Handlungsprogramm Wohnen steht in einer Vorlage mit einem Wirtschaftsflächenentwicklungskonzept, das Ulrich Jonas, Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung, im Ausschuss vorstellte. „Wir wollen damit Konkurrenzen zwischen Gewerbe und Wohnen vermeiden – denn wir brauchen beides“, so Jonas. Dennoch sorgt sich die Fraktion der „Heidelberger“ darum, dass die Wirtschaftsflächen zu kurz kommen. „Die Ausweisung neuer Gewerbeflächen ist wichtig. Das generiert Steuereinnahmen und schafft Arbeitsplätze“, sagte Stadträtin Larissa Winter. Arnulf Weiler-Lorentz (Bunte Linke) war da ganz anderer Meinung: „Mit mehr Arbeitsplätzen kommen auch mehr Einwohner – und die Immobilien werden immer teurer.“ Die Stadt müsse nicht um jeden Preis wachsen.